



Grafik: 123RF/akaprinay

Foto: AFP/Federico Parra



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 29. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 278

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Null Redlichkeit

Gabriele Oertel ist gespannt auf die SPD nach dem Glyphosat-Skandal

Vielleicht sind die Genossen – bei aller öffentlich zelebrierten Empörung – insgeheim Agrarminister Schmidt für den Alleingang dankbar. Mit dem in Brüssel nach oben gereckten Daumen für die Zulassungsverlängerung von Glyphosat lieferte der CSU-Politiker ihnen eine glänzende Vorlage, die Kanzlerin nicht allzu ernst nehmen zu müssen. Merkel hatte erst am Montag versichert, sie wolle ernsthaft, engagiert und redlich mit der SPD über eine neuerliche Große Koalition sprechen. Zumindest die Redlichkeit der Union darf – wenigstens jetzt – bezweifelt werden.

Fest steht, die kommissarische Bundesregierung ist in einem zutiefst vergifteten Zustand – im wörtlichen wie übertragenen Sinne. Zum einen, weil sie trotz aller Warnungen der weiteren Benutzung eines Unkrautvernichters zustimmt, der nach wie vor unter Verdacht steht, Krebs zu erregen. Zum anderen, weil in diesem Kabinett offenbar die Mindestregeln für den Umgang von Koalitionären längst außer Kraft gesetzt sind. Ein Armutszeugnis für den Minister, der das offensichtliche Vakuum ausnutzt. Eine Peinlichkeit für seine Chefin, wenn sie das bis auf ein symbolisches »Du, du« weiterlaufen lässt. Und eine echte Herausforderung für die umworbenen Partner von der SPD. Stehen sie dennoch für eine weitere Zusammenarbeit zur Verfügung, tragen sie nicht nur die Mitverantwortung für die zerstörerische Politik im Interesse von Agrarkonzernen. Sie demonstrieren auch, dass sie sich – nach kurzzeitigem Willen zur Gesundheitskur – im Merkelschen Giftkabinett längst bequem eingerichtet haben.

## UNTEN LINKS

Der Bundestag ist der Ort, wo das Herz der Demokratie schlägt, darüber waren sich bisher alle Bundestagspräsidenten einig. Und wenn die Demokratie bisher einen kleinen Schubs brauchte, weil Redezeiten schamlos überschritten wurden oder Reden im ohrenbetäubenden Protest der Fraktionen unterzugehen drohten, wenn unflätige Zwischenrufe von Abgeordneten das Reinigungspersonal zu Tode erschreckten, dann betätigte sich das Präsidium als Herzschrittmacher der Demokratie und rief zur Ordnung. Mit einem Ordnungsruf zum Beispiel. Der neue Bundestagspräsident allerdings geht einen Schritt weiter. In einem Hinweis zur Geschäftsordnung legte Wolfgang Schäuble fest, dass es unzulässig sei, im Plenarsaal zu fotografieren, zu twittern oder Nachrichten über den Plenarverlauf zu verbreiten. Unzulässig sei auch die »Nutzung von Geräten, die Geräusche erzeugen, aufgeklappt und hochgestellt werden, insbesondere Computer-Laptops«. Herumbrüllen bleibt vorerst erlaubt. uka

# Seehofers Mitgift

Das deutsche Ja zur Glyphosat-Zulassung belastet schwarz-rote Gespräche



Protest gegen die Weiterverwendung des Ackergifts Glyphosat am Montag in Brüssel

Foto: Reuters/Yves Herman

Berlin. Vor den Gesprächen der Parteispitzen von Union und SPD bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag wächst in der geschäftsführenden Bundesregierung das Misstrauen. SPD-Politiker sind erbost, weil CSU-Agrarminister Christian Schmidt am Montag der Verwendung des Unkrautvernichters Glyphosat für weitere fünf Jahre auf EU-Ebene zugestimmt hatte – offenbar in Abstimmung mit Horst Seehofer.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel warf dem Minister vor, gegen die Geschäftsordnung der Bundesregierung verstoßen zu haben. »Das entsprach nicht der Weisungslage, die von der

Bundesregierung ausgearbeitet war«, sagte sie am Dienstag. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vertritt zu Glyphosat, das unter dem Verdacht steht, krebserregend zu sein, eine andere Haltung als Schmidt. In so einem Fall sieht die Geschäftsordnung der Regierung vor, dass sich Deutschland der Stimme enthält – was bei früheren Abstimmungen zu Glyphosat eingehalten wurde. »Ich erwarte, dass sich ein solches Vorkommnis nicht wiederholt«, sagte Merkel zum Verhalten des Ministers. Allerdings machte sie deutlich, dass sie inhaltlich das Ja zur weiteren Zulassung von Glyphosat für gerechtfertigt hält. Sie sei »in der Sa-

che mehr bei Herrn Schmidt«. Über eine mögliche Entlassung des Ministers äußerte sich die Kanzlerin nicht. Aus CSU-Kreisen hieß es, Parteichef Horst Seehofer sei vorab über Schmidts Abstimmungsverhalten informiert gewesen.

In der SPD könnte nun die Bereitschaft schwinden, erneut eine schwarz-rote Koalition zu bilden. Parteivize Ralf Stegner und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer sahen in der SPD bei Weitem keine Mehrheit für eine Koalition mit der Union. »Die Mitglieder wollen weder Neuwahlen noch eine Große Koalition«, fügte Stegner hinzu. Agenturen/nd Seite 5

# Sofortprogramm – im nächsten Jahr

Bundesregierung kündigt erneut an, Städten bei Maßnahmen zur Luftverbesserung zu helfen

Die Kommunen würden gerne mehr für die Luftverbesserung tun – bisher fehlt es an Geld und technischen Lösungen.

Von Kurt Stenger

Die Luft in deutschen Innenstädten soll besser werden, und der Bund hilft den überforderten Kommunen mit einem Fonds, wichtige Maßnahmen zu finanzieren. Dies war bereits im August beschlossen worden, doch die Städte beschwerten sich zuletzt immer lautstärker über die schleppende Umsetzung. 30 Oberbürgermeister klagten am Dienstag der Kanzlerin drei Stunden ihr Leid. Der beschlossene Fonds soll in Form eines Sofortprogramms im Umfang von einer Milliarde Euro im Jahr 2018 umgesetzt werden, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach dem Treffen im Kanzleramt mit zahlreichen Ministern und Vertretern der kommunalen Spit-

zenverbände. »Lotsen« sollten dafür sorgen, möglichst »passgenau« und schnell eine Genehmigung von Fördergeldern zu erreichen. Ferner solle der Fonds über 2018 hinaus »verstetigt« werden. »Höchstes Interesse« sei es, Fahrverbote zu vermeiden.

Vor allem soll es um die Elektrifizierung der öffentlichen Fuhrparks sowie der Taxiflotten und eine digitalisierte Verkehrsführung gehen. Fehlendes Geld ist dabei aber nur ein Problem: Berlins Regierungschef Michael Müller (SPD) forderte die deutsche Fahrzeugindustrie auf, technische Lösungen beim Bau von Elektrobusen zu entwerfen. Es gebe bis heute auch kein Elektrotaxi deutscher Hersteller. Insgesamt, befand Müller, sei das Treffen ein weiterer guter Schritt gewesen – »nicht mehr und nicht weniger«.

Der Präsident des Stadtwerkverbands VKU, der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD), kritisierte, dass 400 Milli-

onen Euro aus dem »Sofortprogramm« erst ab Sommer 2018 zur Verfügung stünden. Auch würde das für neue Elektrobusse vorgesehene Geld nur für 400 Busse in ganz Deutschland reichen. Nötig sei aber ein auf Jahre angelegtes Förderprogramm für den Kauf von Tausenden E-Bussen.

Unklar bleibt indes, ob und wann die Autoindustrie den zugesagten Beitrag von insgesamt 250 Millionen Euro in den Fonds einbringt. Die deutschen Konzerne VW, BMW und Daimler erwarten, dass sich die ausländischen Hersteller beteiligen, doch diese sehen allein die Dieselskandalunternehmen in der Pflicht, die Summe aufzubringen.

Anlässlich des Treffens hatte das Umweltbundesamt den Beteiligten erneut die Brisanz der Lage deutlich gemacht. Die Belastung mit schädlichen Stickoxidabgasen in deutschen Städten ist unverändert hoch: In diesem Jahr sei an mehr als der Hälfte der

verkehrsnahe Messstationen die Luft zu schlecht gewesen, berichtete die »Neue Osnabrücker Zeitung« unter Berufung auf vorläufige Auswertungen. Der Grenzwert sei an rund 58 Prozent der verkehrsnahen Messstellen überschritten worden, sagte Bundesamtspräsidentin Maria Krautzberger dem Blatt. »Es hat sich also im Vergleich zum Vorjahr im Grunde nichts getan.« Kommentar Seite 4

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Witwenrente: Wie man die Ansprüche rettet

Mietrecht: Streitfragen rund um den Fahrstuhl

Wichtig für Großeltern: Fragen zum Kindergeld

# Mordversuch aus Fremdenhass

Angriff auf Bürgermeister von Altena: Ermittler sehen politisches Motiv

Hagen. Nach dem offenbar fremdenfeindlich motivierten Messerangriff auf den Bürgermeister der westfälischen Stadt Altena sitzt der festgenommene Tatverdächtige in Untersuchungshaft. Wie die Staatsanwaltschaft Hagen am Dienstag weiter mitteilte, wird gegen den 56-Jährigen wegen Mordversuchs ermittelt. Der Mann habe die Attacke ausdrücklich damit begründet, dass der Bürgermeister »200 Asylanten in die Stadt« geholt habe, sagte Oberstaatsanwalt Gerhard Pauli in Hagen. Der Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) war bei dem Angriff am Montagabend in einem Döner-Imbiss leicht verletzt worden.

Die Staatsanwaltschaft wertete das Attentat nach ersten Ermittlungen als Spontanat. Offenbar habe der Tatverdächtige erst nach Betreten des Imbisses bemerkt, dass sich Hollstein dort aufhielt. Der 56-jährige Deutsche attackierte den Bürgermeister demnach mit einem handelsüblichen Küchenmesser, das er aus seinem Rücksack zog. AFP/nd Seite 5

# Macron benennt Kolonialverbrechen

Frankreichs Präsident spricht vor Studierenden in Burkina Faso

Ouagadougou. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat zum Auftakt seines Afrika-Besuchs in Burkina Faso die Untaten des Kolonialismus verurteilt. In einer Rede an der Universität von Ouagadougou sagte er am Dienstag: »Es hat Fehler und Verbrechen gegeben, große Dinge und glückliche Geschichten.« Doch die »Verbrechen der europäischen Kolonisation« seien »unbestreitbar«. Es handele sich um eine »Vergangenheit«, die »vergehen« müsse.

In seiner Rede vor den Studierenden kündigte Macron an, dass er zum Kampf gegen »kriminelle Organisationen und Schlepper-netzwerke«, die Flüchtlinge aus Afrika ausbeuten, eine »europäisch-afrikanische Initiative« vorzuschlagen werde. Nach Berichten über Sklavenhandel mit Flüchtlingen in Libyen sicherte der Staatschef zudem Hilfe zu. Den Verkauf von Flüchtlingen als Arbeits-sklaven nannte Macron ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Am Mittwoch will Macron nach Abidjan zum europäisch-afrikanischen Gipfel reisen. AFP/nd Seite 2

# RWE muss Rodung unterbrechen

Gericht stoppt vorerst Abholzungen im Hambacher Wald

Münster. Die von heftigen Auseinandersetzungen begleiteten Rodungen im Hambacher Wald müssen vorerst wieder gestoppt werden. Das Oberverwaltungsgericht Münster entschied am Dienstag, dass am Braunkohleabbau Hambach von Dienstagabend an keine Rodungsarbeiten mehr stattfinden dürfen. Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE hatten am Montag begonnen, mit schwerem Gerät Bäume und Sträucher zu entfernen.

Laut Urteil muss das Land Nordrhein-Westfalen sicherstellen, dass RWE die Rodungsarbeiten einstellt. Der Rodungsstopp gelte so lange, bis das Oberverwaltungsgericht über eine Beschwerde des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen einen Beschluss des Verwaltungsgerichts entschieden habe. Diese Zwischenentscheidung sei notwendig, um einen effektiven Rechtsschutz in der komplexen Materie zu gewährleisten, argumentierten die Richter. Seit Jahren streiten Naturschützer und Braunkohlegegner für den Erhalt des uralten Hambacher Waldes. dpa/nd

